

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 6

Artikel: Spannungen und Gefahren im schweizerischen Aussenhandel
Autor: Weber, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333488>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ments sein. Eine solche Organisation ruft mehr als eine andere den Tüchtigen; sie ruft aber auch dem Mut der Volksvertretung, den Untüchtigen zu beseitigen, möge er nun stehen, wo er wolle.

Spannungen und Gefahren im schweizerischen Außenhandel

Von Ernst Weber.

Ein Land, das in solch hohem Maße wie die Schweiz auf den Export seiner industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse angewiesen ist, verträgt keine Störungen in seinem Außenhandel. Die Schrumpfung unserer Ausfuhrmöglichkeiten in der Krise haben tiefe Wunden gerissen. Der langsame Wiederaufbau des Exportes seit 1936 hat sie noch nicht völlig geheilt. Es liegt im Interesse des ganzen Landes, wenn Störungsfaktoren, die neuerdings ungünstig einzuwirken drohen, beseitigt werden können. Solche Gefahrenmomente sind leider andauernd in der international gespannten Lage begründet. Politisch und wirtschaftlich. Der Handel hat außerordentliche Mühe, sich gegen die Erschwerungen durchzusetzen, welche eine Großzahl von Staaten geschaffen haben durch die Errichtung von Kontingenten, Wertgrenzen, Sperrn und komplizierten Zahlungsverrechnungen. Besondere Sorgen bereiten seit langer Zeit die schweizerischen Handelsbeziehungen mit Deutschland. Hier bestehen Spannungen und Gefahren, die nicht nur für die Industriellen, ihre Finanzgesellschaften und die Arbeiterschaft der betroffenen Produktionszweige verhängnisvolle Folgen haben können, sondern für die gesamte schweizerische Volkswirtschaft.

Vor einigen Wochen ließen sich die Delegierten des Schweizerischen Handels- und Industrievereins über die letzten Vertragsverhandlungen mit Deutschland orientieren. Der Referent ließ keine Zweifel offen über die Schwierigkeiten, die bestehen. Rückhaltlos bekannte er, daß das Verrechnungsabkommen im Laufe des Jahres 1938 zweimal nur knapp vor dem Einsturz bewahrt wurde. Selbst die beteiligten schweizerischen Kreise blieben in weitem Umfang ahnungslos und verlangten vermehrte Kontingente im Verkehr mit Deutschland in einem Zeitpunkt, da unsere Behörden damit rechnen mußten, die Beziehungen der gefährlichen Ueberschuldung Deutschlands wegen wesentlich einzuschränken. Um die Verschuldung nicht ins Uferlose steigen zu lassen und den Warenverkehr überhaupt zu retten, machte im Sommer 1938 die Reichsbank erstmals Konzessionen, indem sie dem Warenverkehrskonto Beiträge in Aussicht stellte, die mit der Zeit erhöht werden sollten in einem bestimmten Verhältnis zum Sinken der Stillhalte-kredite und der Zinsen, die langsam zurückgegangen sind. Auch aus andern Quellen ließen sich die angelaufenen und weitersteigenden Defizite des Warenverkehrs noch für einige Zeit decken. Schon längst ist es aber klar, daß in absehbarer Zukunft die Situation unhaltbar

wird, wenn nicht eine politische und wirtschaftliche Verbesserung der weltwirtschaftlichen Beziehungen eintritt.

Im Handels- und Industrieverein glaubt man aber so wenig an Wunder — oder auch nur an einen wesentlichen Umschwung —, wie Herr Schacht es tut. Deutschland wird die Situation nicht erleichtern. Verrechnungsposten, die noch für kurze Zeit ganz dem Warenverkehr zuflossen, müssen bald geschlüsselt werden, das heißt, 17 Prozent sind der Reichsbank, 20 Prozent dem Transferfonds gutzuschreiben, während dem Warenverkehr nur 63 Prozent bleiben. Der neue Reichsbank- und Wirtschaftsgewaltige Funk wird keine Lockerungen der kommerziellen Fesseln vornehmen. Seine Einstellung gegenüber den bisherigen Schulden des Reichs ist bekannt. Von ihm ist lediglich eine noch weitergehende Einengung der Zahlungen für alte Verpflichtungen zu erwarten. Damit schwindet auch die Hoffnung, die in schweizerischen Kreisen genährt wurde, daß Deutschland vermehrt freie Devisen für Käufe zur Verfügung stellen werde — auch wenn dies lediglich bei Rüstungsaufträgen der Fall wäre. Angesichts des verschärften Autarkiekurses dürfte auch eine zweite Erleichterungsmöglichkeit, die im Handels- und Industrieverein erwogen wurde, untergehen, nämlich die Aktivierung des Warenverkehrs durch schweizerische Kriegsmaterialbezüge, welche statt durch Devisen wenigstens zum Teil über das Verrechnungskonto und durch Lieferung von Fricktaler Erzen und andern »devisengleichen« Waren schweizerischen Ursprungs bezahlt würden.

Welche Möglichkeiten bleiben bei einer derart gespannten und gefährlichen Lage für unsere Exportindustrie und die beteiligten Handels- und Finanzkreise, um einen Zusammenbruch des Verkehrs mit Deutschland entgegenzuarbeiten? Das einzige Mittel ist nach der im Handels- und Industrieverein vertretenen Auffassung die intensive Steigerung der Warenbezüge aus Deutschland. Um das zu erreichen und damit die Bezahlung der schweizerischen Lieferungen an Deutschland zu sichern, sind aber verschiedene Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Erstens muß Deutschland seine Preise senken. Bei der künstlichen Aufrechterhaltung des offiziellen Markkurses ist der Absatz vieler deutscher Produkte ihres Preises wegen unmöglich. Solange das Reich aber mit den bisher so erfolgreich angewendeten Druckmitteln (Nichtbezahlung der Schulden und der Warenbezüge, sofern das Gläubigerland ihm keine Waren abnimmt) eben diese Warenabnahme erzwingen kann, dürften die Rufe der beteiligten Schweizer Importeure nach deutschen Exportförderungszuschüssen ohne wesentlichen Erfolg bleiben. Deutschland wird sie wie bisher nur in solchen Fällen bewilligen, wo es unsere eigene schweizerische Industrie konkurrenziert, wie zum Beispiel im Textilveredlungsverkehr. Ob eine freiwillige oder erzwungene Senkung des Markkurses eine Aenderung bringt, wird die nächste Zukunft weisen.

Ferner wurde im Handels- und Industrieverein ganz offen festgestellt, daß eine wachsende antideutsche Stimmung in unserm Lande zu einem Rückgang unserer Warenbezüge aus Deutschland führt und damit natürlich eine Steigerung dieses Importes verunmöglicht. Be-

sonders wurde befürchtet, daß eine organisierte Ablehnung deutscher Bezüge durch jüdische Kreise entsprechende Auswirkungen haben werde.

Spannungen im Außenhandel bestehen nicht nur im Verkehr mit Deutschland. Oestlich unserer Grenzen gibt es ja überhaupt keine freien Handelsbeziehungen mehr, da die Devisenbewirtschaftung und Kontingentierung der Einfuhr von allen Staaten Mittel- und Osteuropas angewendet wird. Der Bundesratsbeschluß vom 20. Januar 1939 über das Verbot von Boykottbewegungen gegen die Warenabnahme aus einem fremden Staat bezieht sich aber wohl in erster Linie auf unsere Beziehungen zu Deutschland und ist wohl durch die erwähnten Forderungen des Schweizerischen Handels- und Industrievereins provoziert worden. Wir nehmen vorläufig — bis wir eines Schlechteren belehrt werden — an, daß die politisch und wirtschaftlich außerordentlich bedeutsame Maßnahme des Bundesrates vor allem aus wirtschaftlichen Ueberlegungen getroffen wurde. Deshalb hoffen wir auch, daß eine vernünftige Handhabung dieses Beschlusses nicht jede Erörterung über die Zweckmäßigkeit gesteigerter Bezüge aus Deutschland schon als verbotene Boykottbewegung verfolgt und mit Strafe belegt. Umgekehrt kann nicht bestritten werden, daß gerade in der heutigen gespannten Lage ein genereller Kampf größerer und einflußreicher Gruppen in der Schweiz gegen die deutsche Wirtschaft zu bösartigen Komplikationen führen müßte. Da ja die Herren des Reichs schon sehr nervös werden, wenn die schweizerische Presse sich getraut, so zu den politischen Problemen Stellung zu nehmen, wie es der Auffassung der großen Mehrheit des Schweizervolks entspricht, läßt sich leicht ausrechnen, daß die deutschen Machthaber kein Federlesens machen würden mit bestehenden Wirtschaftsverträgen und Verrechnungsabkommen, wenn in unserm kleinen Land geschlossene Aktionen gegen die bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen aufgenommen würden. Bei den gegebenen Verhältnissen käme das nicht nur politischen Selbstmordneigungen nahe; eine solche generelle Boykottbewegung wäre auch wirtschaftlich eine Katastrophe. Zwar nimmt Deutschland uns gegenwärtig nur etwa halb soviel Waren ab wie wir ihm (1937: 199,9 Millionen Franken gegen 402,7) und macht uns bei der Bezahlung unerhörte Schwierigkeiten. Aber diese Ausfuhr von rund 200 Millionen Franken ist noch immer mehr als 15 Prozent unseres gesamten Exportes, ohne den wir nicht leben können. Im besondern die Textilindustrie, welcher die deutsche Nachfrage je nach Produktionszweig einen Drittel bis über die Hälfte der gesamten Exportproduktion abnimmt, wäre in einem solchen Wirtschaftskrieg mit dem nördlichen Nachbar dem Ruin ausgeliefert. Schwer mitgenommen würden in einem solchen Fall auch unsere blühende chemische Industrie und unser Maschinen- und Apparateexport. Wir verstehen es deshalb durchaus, daß die verschärften Spannungen in den Handelsbeziehungen mit dem Reich und die Gefahr des Einsturzes des Verrechnungsverkehrs die betroffenen Kreise mit Schrecken erfüllt und auch unsern Bundesbehörden ernste Sorgen bereitet. Auch wir lehnen einen schweizerischen Boykott deutscher

Waren der katastrophalen Folgen wegen, die unbedingt entstehen müßten, ab.

Die Situation ist tatsächlich sehr heikel. Gerade deshalb muß man sich kühl und nüchtern überlegen, welche Konsequenzen man zu ziehen hat aus der Entwicklung, die uns in eine derartige Lage brachte. Seit Jahren bemüht sich unser Land unter stetig wachsenden Opfern, die Beziehungen mit Deutschland so zu gestalten, daß unsere Export- und Fremdenindustrie möglichst profitierten, ohne die Gläubigerinteressen der Schweizer Banken oder, besser gesagt, deren Klienten allzusehr zu benachteiligen.

Nur mit größten Anstrengungen war der Warenverkehr noch aufrechtzuerhalten. Wie nahe er sich aber stets am Abgrund und am Rand des Erträglichen bewegt, haben wir ausführlich dargestellt. Eine Forcierung des Warenbezuges aus dem Reich würde diese Gefahren nicht beseitigen, sondern steigern. Sobald man nämlich in Berlin entdeckt, daß wir bereit sind, noch weitergehende Opfer als bisher zu bringen, werden die Ansprüche größer statt kleiner, die Verrechnungsbedingungen rigoroser statt anständiger und der daraus entstehende Druck wird einfach unerträglich. Wir brauchen bloß daran zu erinnern, wie dreist in gewissen Preßorganen kurz nach dem Münchner Abkommen der Schweiz erklärt wurde, sie habe sich mit angemessenen Kapitalbeträgen am »Aufbau« in Südosteuropa zu beteiligen, wenn sie ihre Handelsbeziehungen mit Großdeutschland aufrechterhalten oder gar intensivieren wolle. Wenn der Bundesratsbeschluß über das Boykottverbot den Sinn hätte, den Boden vorzubereiten für einen derartigen Anschluß an den großdeutschen Wirtschaftsraum, dann würden wir allerdings die schärfsten Kampfmittel gegen eine solche Politik einsetzen müssen. Nicht allein der Opferung schweizerischen Kapitals wegen, das den eingefrorenen Milliarden nachgejagt würde. Gesteigerte Warenbezüge aus Deutschland hätten auch noch andere Konsequenzen. Die vermehrte Einfuhr von Fabrikaten und gewissen Rohstoffen würde keiner wesentlichen Steigerung einer bezahlten Ausfuhr schweizerischer Erzeugnisse dienen. Das beweisen die bisherigen Erfahrungen. Darüber hinaus bekäme aber das Reich für bestimmte Lieferungen ein gefährliches Monopol.

Uns scheint schon heute die wirtschaftliche Machtstellung Deutschlands unserm kleinen Land gegenüber bedrohlich genug. Wer sich von einem Lieferanten abhängig macht, ist bei der Preisfestsetzung ausgeliefert. Auf verschiedenen Gebieten sind wir so weit. Wir können unsere Bezüge nicht mehr frei machen, wo wir wollen. Wollen wir uns aus der Monopolklaue befreien und bei einem andern Lieferanten kaufen, bleibt das gesamte Verrechnungsdefizit ungedeckt und Millionen gehen zum Teufel. Zudem ist dann unser Export derart schwer geschädigt, daß wir lieber von vornherein verzichten, auf unsere vielgerühmte Freiheit und Unabhängigkeit zu pochen. Die Zwangssituation ist heute schon schlimm genug.

Lieferungsmonopole haben aber auch noch andere Auswirkungen. Sie können im allergefährlichsten Moment die schwersten politischen

und wirtschaftlichen Druckmittel darstellen. Wir wollen das an einem einzigen Beispiel erläutern. Unsere Volkswirtschaft kann trotz der prächtig entwickelten Elektrizitätswirtschaft ohne Kohle nicht existieren. Und gerade in der Kohlenversorgung ist unsere Abhängigkeit vom Reich in den letzten Jahren gewachsen; zum Teil als Folge des Reise-Kohlenabkommens. 1933 deckte Deutschland 42,5 Prozent unseres Kohlenbedarfes, 1937 waren es 51,7 Prozent. In weitem Abstand folgen Frankreich mit 14, Holland mit 13, England mit 9, Polen mit 5, und Belgien mit 4 Prozent. Was geschieht, wenn ein Krieg ausbricht? Es ist fraglich, ob uns Deutschland dann überhaupt noch beliefern kann oder seine Erzeugung für sich allein benötigt. Einen andern Lieferanten zu finden, wäre in einer derartigen Situation wahrscheinlich nicht leicht. Alle werden dann voraussichtlich Mühe haben, ihre bisherigen Abnehmer zu befriedigen. Da unser Land aber unbedingt Kohlen haben muß, wird es in einer solchen Lage die Bedingungen schlucken müssen, die ihm gestellt werden. Das kann allerhand bedeuten. Und was das kostet, hat die Schweiz schon einmal erfahren. Bei der ungeheuren Verknappung der Vorräte und dem Stocken der Produktion bezahlten wir 1920 für unsern Kohlenbedarf, der kleiner war als 1937, die wahn-sinnige Summe von 540,9 Millionen Franken. Allein 273,5 Millionen Franken gingen an die Vereinigten Staaten, die uns damals beliefern mußten, weil eine Deckung des Bedarfes in Europa nicht möglich war. 1937 zahlten wir für 3,5 Millionen Tonnen nur 128,5 Millionen Franken, im Konjunkturjahr 1929 für ungefähr die gleich große Menge 151,1 Millionen Franken, während wir 1920 für den genannten Riesenbetrag nur 2,6 Millionen Tonnen bezogen. Solche Erfahrungen sollten uns vor ähnlichen Katastrophen bewahren. Wir müssen uns vor Situationen hüten, in denen wir uns unter Umständen nicht mehr mit Schweizerfranken loskaufen können.

Wir halten deshalb einen Vorschlag, der uns kürzlich gemacht wurde, für außerordentlich beachtenswert. Die Schweiz soll sich unverzüglich Kohlenvorräte anlegen, die dem Bedarf für ein volles Jahr entsprechen. Ueber die Lagerungsmöglichkeiten und die Finanzierung dieser Aktion wollen wir keine Details geben, sondern lediglich darauf hinweisen, daß sicher eine Anzahl Großverbraucher und Händler zur Mithilfe herangezogen werden könnten, so daß nicht die ganze Belastung vom Bund zu tragen wäre. Das würde uns eine gewisse Unabhängigkeit und Sicherung für den Kriegsfall geben. Zudem böte ein solcher Großeinkauf Gelegenheit, Kompensationsgeschäfte abzuschließen mit Ländern, die in der Lage sind, der Schweiz in entsprechendem Umfang ihre Exportprodukte abzunehmen und die auch fähig sind, erträgliche Zahlungsbedingungen zu gewähren. Es sollte für einen solchen Plan keine unüberwindlichen Hindernisse geben. Voraussetzung ist lediglich eine Verständigung der in Frage kommenden Industrie- und Handelskreise mit den Behörden. Für unsern Export wäre eine Steigerung durch verbesserte Beziehungen mit westlichen Staaten, die für solche Geschäfte in Frage kommen, eine gewaltige Verbesserung und gleichzeitig eine Lockerung der Hemmungen, die jetzt unsere Wirtschaft fesseln. Weil es

darauf ankommt, in der gegenwärtigen Lage möglichst Beziehungen anzuknüpfen, die auch in einem Kriegsfall aufrecht erhalten werden können, denken wir nicht daran, Rußland für eine solche Aktion in Vorschlag zu bringen, obschon natürlich die Sowjetunion sehr gut in der Lage wäre, schweizerische Erzeugnisse abzunehmen, wenn wir auf ihrem Markt in gleichem Maße als Käufer auftreten würden. Umgekehrt geht es auch nicht darum, durch Boykott oder andere Maßnahmen einen Wirtschaftskrieg gegen das Reich oder einen andern totalitären Staat einzuleiten. Die Schweiz darf aber angesichts eines drohenden Krieges keinesfalls in eine noch weitergehende Abhängigkeit geraten. Ihre Anstrengungen müssen sich darauf konzentrieren, die gefährlichen Spannungen zu überwinden, indem sie der Exportindustrie die nötigen Erleichterungen verschafft, ohne die bestehenden Beziehungen zu gefährden.

Die Vorgänge im Ausland und die Schweizerpresse

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Die Presse erfüllt in einem demokratischen Lande nicht die gleichen Aufgaben wie in einem diktatorisch regierten Staat.

Im autoritär regierten Staat ist die Presse *gleichgeschaltet*; das heißt sie ist ein *Instrument des Diktators*. Sie hat auf Befehl von oben das zu schreiben, was man von ihr wünscht. Sie hat *nicht* zu schreiben, *was wahr* ist und was genau den Tatsachen entspricht, sondern was im Interesse der Außenpolitik dem Diktator als notwendig erscheint. Sie hat die Außenpolitik der Regierung zu machen.

Das heißt noch lange nicht, daß in einem bestimmten Moment der Diktator sich mit dem, was in seiner Presse steht, solidarisiert. Im Gegenteil: Er kann jederzeit von dieser Presse Abstand nehmen und erklären, daß die Presse nicht den Willen der Regierung wiedergibt. Aber diese Äußerung entspricht dann nicht den Tatsachen. Entweder hat man die Presse veranlaßt, etwas zu schreiben, was man im gegenwärtigen Moment noch nicht will, aber man möchte gerne das ausländische Echo hören; oder dann mußte die Presse etwas schreiben, was man ernsthaft will, aber das Echo des Auslandes ist derart, daß man es für vorteilhaft erachtet, zu erklären, das, was in der gleichgeschalteten Presse steht, entspreche nicht dem Willen der Regierung.

Die Presse des Diktaturstaates ist, wie der Radio, ausschließlich und allein im Dienste des Diktators. Die Presse muß alles tun, um die Staatsform der Diktatur zu verteidigen und den Diktator und seine Freunde zu verherrlichen und unter Umständen zu *vergöttern*. Eine freie Meinung wird nicht geduldet. Eine den Befehlen von oben entgegengesetzte Meinungsäußerung wird mit Strafen verfolgt; denn das Wesen der Diktatur ist nicht nur der »totale« Staat, sondern auch das *Mei-*